

Demokratie. Lassen wir uns an der Schwelle zum neuen Jahrtausend den Wert von Visionen nicht ausreden, und beginnen wir zu handeln.  
Berlin/Erfurt, den 9. Januar 1997

Die Unterzeichnenden:

Prof. Dr. Elmar Altwater; Frank Castorf, Intendant der Volksbühne Berlin; Daniela Dahn, Schriftstellerin; Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Landeskirchlicher Beauftragter für Mission und Ökumene; Ulrike Duchrow, Studienrätin; Dr. Dr. Heino Falcke, Probst i.R.; Dr. Hans-Jürgen Fischbeck, Physiker; Matthias Freitag, Bezirksvorsitzender Eisenbahner-Gewerkschaft Thüringen und Sachsen; Max von der Grün, Schriftsteller; Stefan Heym, Schriftsteller; Prof. Dr. Rudolf Hickel; Dr. Inge und Prof. Dr. Walter Jens, Schriftsteller; Dieter Kelp, Pfarrer; Dieter Lattmann, Schriftsteller; Dr. theol. Gerhard Liedke, Pfarrer; Marion Liedke, Oberstudienrätin; Prof. Dr. Peter von Oertzen; Prof. Dr. Norman Paech; Ulrich Plenzdorf, Schriftsteller; Bodo Ramelow, HBV-Vorsitzender Thüringen; Dr. Edelbert Richter, Theologe, MdB; Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter, Psychoanalytiker; Dr. Erika Runge, Schriftstellerin und Psychotherapeutin; Herbert Schirmer, Kulturminister a.D.; Gisbert Schlemmer, Vorsitzender Gewerkschaft Holz und Kunststoff; Horst Schmitthenner, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall; Friedrich Schorlemmer, Theologe und Publizist; Prof. Dr. Dorothee Sölle; Frank Spieth, DGB-Vorsitzender Thüringen; Eckart Spoo, Journalist; Prof. Dr. Uwe Wesel; Gerhard Zwerenz, Schriftsteller, MdB.

## Wörlitzer Erklärung der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Januar 1997

(Wortlaut)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt zum Abschluß ihrer Klausurtagung in Antwort auf die Erfurter Erklärung:

Wir wollen 1998 gemeinsam mit den Sozialdemokraten die Regierung Kohl ablösen.

Wir wollen eine rotgrüne Mehrheit im Bundestag, die stark genug ist, die in Deutschland notwendigen Reformen durchzusetzen.

In diesem Zusammenhang schließen wir eine Zusammenarbeit mit der PDS - sei es in einer Koalition oder in Form einer Tolerierung - aus.

Die PDS ist nicht mehr die SED. Wir verlangen die politische Auseinandersetzung mit ihr. Eine erneuerte PDS muß sich vor allem an folgenden Kriterien messen lassen.

1. Aufarbeitung der Vergangenheit und der historischen Schuld aus der SED-Nachfolge,
2. Anerkennung des demokratischen Rechtsstaates und Lösung von dem ideologischen und finanziellen Erbe der SED,
3. Auseinandersetzung mit der Stasiverstrickung von Parteimitgliedern und führender Repräsentanten,
4. Trennung von Alt- und Poststalinisten.

In den ostdeutschen Ländern geht es neben der Fortsetzung der erfolgreichen Koalition in Sachsen-Anhalt um den Wiedereinzug in die ostdeutschen Landtage. Dabei wird die Bundestagsfraktion die ostdeutschen Landesverbände mit aller Kraft unterstützen.